

Zurück zum Thema!



Mitte April wurde in diversen Medien darüber berichtet, dass die Schweiz ihre selbstgesteckten Klimaziele für dieses Jahr nicht erreichen wird. Lasst uns dieser frustrierenden Nachricht mit einer ökosozialen Offensive begegnen: Denn die Mängel der Klimapolitik wurzeln in der neoliberalen Denkweise, die weit bis ins linke Lager gesickert ist.

Die erste Fehlannahme ist, dass Wirtschaftswachstum und Ökologie vereinbar sind. Besonders deutlich wird das im Verkehrssektor: Dort zeigen die Prognosen des Bundes, dass der öffentliche Verkehr stärker wachsen wird als der motorisierte Individualverkehr. Diese Prognose wird oft für eine positive Nachricht gehalten. Oft hört man, der Trend gehe in die richtige Richtung.

Diese Aussage ist verheerend naiv: Diese Prognose ist kein Sieg für den öV und die Ökologie, sondern einer für die hypermobile PendlerInnen-gesellschaft. Wir müssen dort wohnen, wo wir arbeiten und umgekehrt.

Wir müssen uns von der Idee abwenden, dass wir das Wirtschaftswachstum und somit unseren Lebensstil beibehalten können, wenn wir nur andere Technologien nutzen. Wir müssen Etabliertes neu denken und umstrukturieren, um den Verkehr massiv reduzieren und die Überproduktion stoppen zu können. Das schaffen wir nur mit einer bedürfnisorientierten, lokalen

und genossenschaftlichen Wirtschaft.

Was mir am meisten Angst macht, ist der rasende Stillstand, in dem wir leben. Das rätselhafte Erstarren in der Laissez-Faire-Politik. Viel zu lange und viel zu oft wird mit Freiwilligkeit und Anreizen gearbeitet.

Die Politik rechtfertigt dieses Wischiwaschi mit typischen Idealen der politischen Mitte: Gleichgewicht, Pragmatismus, bloss nicht zu viel Geld ausgeben. Weshalb im Falle von Corona das Gegenteil, also Geld aus allen Rohren zu ballern und entschlossen die nötigen Massnahmen zu ergreifen, als pragmatisch gilt, lässt sich rational nicht erklären.

Deshalb ist es unsere Aufgabe, das Argument, nach Corona liege die Wirtschaft sowieso schon am Boden, jetzt könne man sich keinen Klimaschutz leisten, nicht gelten zu lassen. Als die Wirtschaft das letzte Mal am Boden war und krampfhaft wiederbelebt wurde, explodierte der CO₂-Ausstoss weltweit. DAS können wir uns nicht mehr leisten, nie mehr. Das müssen wir den Leuten klar machen.

Wir brauchen eine Gegenvision zum Status quo, eine Alternative zum als alternativlos hochstilisierten Kapitalismus. Das haben wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten offensichtlich nicht geschafft. Schaffen wir also ein neues linkes Selbstbewusstsein, machen wir starke, konstruktive Oppositionspolitik zum neoliberalen Konsens. Seien wir nicht mit kleinen Schritten und Kompromissen à la GLP zufrieden. Denn wir wissen: Das führt nicht in die Zukunft, in der wir leben wollen.

Emanuel Wehrli, Vorstand
Junge Grüne Zürich